

Entwarnung: Kein viertes Sparpaket mehr notwendig

GÜNTHER FRITZ

VADUZ. Regierungschef Adrian Hasler und Andreas Gritsch, Leiter Stabsstelle Finanzen, präsentierten gestern den Landesvoranschlag 2016 und die Finanzplanung 2016–2019. Aus der betrieblichen Tätigkeit resultiert im Voranschlag 2016 ein betrieblicher Verlust von 81 Millionen Franken. Dank des Finanzergebnisses in Höhe von 68 Mio. Franken ergibt sich in der Erfolgsrechnung ein prognostiziertes Defizit von 14 Mio. Franken. Dennoch erwartet die Regierung eine ausgeglichene Gesamtrechnung mit einem Mittelzufluss von 5,3 Mio. Franken. Die betrieblichen Erträge sinken gegen-

über dem Voranschlag 2015 um 28 Mio. auf 733 Mio. Franken. Wie Regierungschef Adrian Hasler vor den Medien erklärte, sei diese Abnahme im Vergleich zum Vorjahresbudget zum überwiegenden Teil auf die letztmaligen, ausserordentlichen Couponsteuereinnahmen aufgrund der zwingenden Absteuerung von Altreserven bis Ende 2015 zurückzuführen.

Finanzleitbild eingehalten

Die Finanzplanung 2016–2019 schliesst mit betrieblichen Erträgen von 757 Mio. Franken im Jahr 2019, welche somit zwar 45 Mio. Franken über der Rechnung 2014 liegen, den betrieblichen Aufwand jedoch nicht ganz zu decken vermögen. Am Ende der

Finanzplanungsperiode resultiert ein Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung in Höhe von 42 Millionen Franken.

Keine Lohnanpassungen

Treffen die prognostizierten Entwicklungen gemäss Finanzplanung ein, so können gemäss den Ausführungen des Regierungschefs die Vorgaben des Finanzleitbildes eingehalten werden. «Aus heutiger Sicht ist kein neues Massnahmenpaket notwendig», betonte Adrian Hasler. Einen Abschlussbericht zu den Massnahmenpaketen I bis III will die Regierung dem Landtag für die Dezember-Sitzung vorlegen. Bei der zuhanden des Landtags verabschiedeten Finanzpla-

nung 2016–2019 ging die Regierung davon aus, dass es keine Erhöhung der Mindestertragssteuer und auch keine Teuerung oder Leistungsanteile bei den Staatsangestellten geben wird. Darüber hinaus rechnet die Regierung ab 2018 mit einem reduzierten Staatsbeitrag für die AHV von 20 Millionen Franken.

Aufgrund der aktuellen politischen Debatte in der Schweiz sei auch nicht mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent gerechnet worden, was immer hin 20 Mio. Franken pro Jahr ausmachen würde, sagte der Regierungschef. Es sei auf jeden Fall weiterhin ein konsequentes Kostenmanagement nötig.

► STAATSFINANZEN 5

Bürgerinitiative bleibt hartnäckig

Bereits 2018 könnte in Feldkirch der Bau des Stadttunnels beginnen. Die Liechtensteiner Bürgerinitiative «mobil ohne Stadttunnel» versucht nach wie vor, die Realisierung des Megaprojekts zu verhindern, und scheint jetzt bessere Kontra-Argumente denn je zu haben.

VAUDZ/FELDKIRCH. Das Tauziehen um die potenzielle Errichtung des Stadttunnels in Feldkirch geht weiter. Bereits 2018 könnte der Bau der Tunnelspinne beginnen, die von vielen Seiten als Lösung für die enorme Verkehrsbelastung in Feldkirch gepriesen wird. Das millionenschwere Projekt muss aber nach wie vor mit starkem Gegenwind rechnen: Die Liechtensteiner Bürgerinitiative «mobil ohne Stadttunnel» versucht weiterhin, die Baupläne zu durchkreuzen. Vor rund einhalb Monaten hat die Vorarlberger Landesregierung in der Umweltverträglichkeitsprüfung, kurz UVP, einen positiven Bescheid erhalten, wodurch das Projekt nach siebenmonatiger Prüfung als umweltfreundlich eingestuft wurde – ein Rückschlag für die Bürgerinitiative. Trotzdem zeigt sich Andrea Matt, Vertreterin der Initiative «mobil ohne Stadttunnel», optimistischer denn je: «Wir sind frisch, fröhlich und frohgemut. Derzeit haben wir bessere Argumente, als wir es uns erträumt haben.» Das Team ist nochmals genauestens über die Bücher gegangen und dabei auf einige gravierende Beschwerdegründe gestossen.

Komplexe Situation

Momentan laufen in der Angelegenheit drei Gerichtsverfahren parallel zueinander: Da die Liechtensteiner Initiative in Österreich keine Stimmkraft hat, kann sie keine Parteistellung erhalten, womit nach wie vor die



Bild: Rudi Schächenhöfer

Die Mitglieder der Initiative «mobil ohne Stadttunnel» engagieren sich weiterhin: Rainer Batliner, Andrea Matt und Wolfgang Marxer (v.l.).

Beschwerdeberechtigung fehlt. Neben dem Verfahren in dieser Angelegenheit fordert die Initiative eine erneute Überprüfung der Verkehrsdaten. «Bei der Prüfung der Daten gab es schwerwiegende Mängel. Der Sachverständige hat dem Projekt bereits zu einem frühen Zeitpunkt zugestimmt, daher gibt es auch eine gewisse Befangenheit in der Beurteilung», erklärt Matt. Beispielsweise seien die vom zu-

ständigen Experten bereits genehmigten Reisezeitmessungen später erneut durchgeführt und für falsch erklärt worden. Die Initiative will die Ausgangsdaten daher von einem anderen Sachverständigen nachprüfen lassen. Wenn diese beiden Verfahren abgeschlossen sind, kann der Prozess im eigentlichen Beschwerdeverfahren weitergeführt werden. Laut Andrea Matt könnten sich die Gerichtsverhandlungen

noch bis zu sechs Jahre lang hinziehen, mit zwei Jahren sei mindestens zu rechnen.

Liest sich wie ein Krimi

Neben zahlreichen kleineren Argumenten hat die Liechtensteiner Gegenoffensive acht schwerwiegende Beschwerdegründe vorzubringen, die für eine Wiederholung des UVP-Verfahrens sorgen könnten. Laut Andrea Matt hätten mehrere Ju-

risten die vorgebrachten Argumente begutachtet und für schlüssig erklärt. «Die Beschwerde selbst liest sich teilweise wie ein Krimi», berichtet Matt. «Wir haben immer wieder Missstände aufgedeckt. Die Gegenseite hat so einige Dinge beschönigt und verdreht.» Eines der Hauptargumente in der zukünftigen Debatte wird die Einhaltung der Alpenkonvention sein. Vorarlberg hat den Stadttunnel in der Umwelt-

verträglichkeitserklärung nicht als «hochrangige Strasse für den inneralpinen Verkehr» eingestuft. Die Liechtensteiner Institution ist hierbei anderer Meinung: Ein neues Gutachten der Rechtsservicestelle Alpenkonvention bestätigt, dass der Tunnel nicht nur vom lokalen Verkehr genutzt wird, sondern auch den Verkehr angrenzender Autobahnen übernimmt und somit die fehlende Hauptverbindung substituiert. Wenn das Projekt als «hochrangige Strasse» gilt, ist die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen der Alpenkonvention erforderlich. Unter anderem besagen die Vorgaben, dass zuerst bestehende Infrastrukturen besser ausgelastet, das Bahnsystem ausgebaut und verkehrsorganisatorische Massnahmen gesetzt werden müssen. In dieser Richtung liegen auch die Lösungsvorschläge der Liechtensteiner Bürgerinitiative: Ein Bahntunnel und eine Autobahnverbindung in Rheintal Mitte sollen die kostengünstigere und umweltfreundlichere Variante zur Tunnelspinne darstellen. Die Bürgerinitiative wird auf jeden Fall am Ball bleiben: «Wir sind weiterhin zuversichtlich. In den nächsten Jahren schaffen wir Handlungsspielraum, indem die Liechtensteiner Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen Stellung nehmen können und hoffentlich wichtige Massnahmen, beispielsweise zum Ausbau des S-Bahn Systems, eingeleitet werden.» (sdc)

Gemeinde hätte sich Unterstützung erhofft

Obwohl die Photovoltaikanlage der Primarschule in Gamprin offenbar Überschuss produziert, konnten die Stromkosten bislang nicht gesenkt werden. Da es von den LKW zu wenig Hilfe bei der Ursachenforschung gegeben habe, engagiert die Gemeinde nun eine externe Firma.

MELANIE FETZ

GAMPRIN. Als die Gemeinde Gamprin vor knapp zwei Jahren ihre neue Photovoltaikanlage auf dem Schulgelände in Betrieb nahm, hatte man sich natürlich erhofft, dadurch die Stromrechnung deutlich zu senken. Obwohl die Anlage auf den ersten Blick Überschuss produziert, blieben die Kosten bislang aber nach eigenen Angaben quasi dieselben. Da die Gemeinde von den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW) nicht die erhoffte Unterstützung in Sachen Ursachenforschung erhalten habe, wurde nun eine externe Firma beauftragt. Das Ingenieurbüro Siusellectra soll die Stromzählung im Bereich der Primarschule und des Kindergartens überprüfen und der Sache auf den Grund gehen. Der Gemeinderat hat dafür einen Nachtragskredit von 10 000 Franken einstimmig bewilligt, wie im Protokollauszug vom 16. September zu lesen ist.

Die Liechtensteinischen Kraftwerke wiesen den «Vorwurf der ungenügenden Unterstützung» gestern im Rahmen einer Presse-

aussendung mit aller Entschiedenheit zurück. Der angekün- digten externen Überprüfung sähen die LKW gelassen entgegen. Für allfällige Unterstützung stünden sie gerne zur Verfügung, hiess es weiter.

«Auf Hilfe angewiesen»

«Wasser sieht man, Strom nicht. Und Strom ist eben auch nicht unser Kerngeschäft», sagte Gemeindevorsteher Donath Oehri gestern auf Anfrage, «wir sind daher bei diesen Angelegenheiten auf Hilfe angewiesen.» Diese hätte man von den Liechtensteinischen Kraftwerken erwartet.

Laut dem Gemeinderatsprotokoll produziert die Photovoltaikanlage rund 150 000 Kilowattstunden pro Jahr, während der durchschnittliche Jahresverbrauch bei rund 130 000 Kilowattstunden liegt. «Somit scheint auf den ersten Blick ein Überschuss vorhanden zu sein. Dem ist jedoch nicht so», heisst es weiter. Offenbar stimmen die Strom-Messdaten der Gemeinde mit jenen der LKW nicht überein. Einerseits seien bei der Mes-



Symbolbild: istock/Elyssa Ho

Mit der Photovoltaikanlage wollte die Gemeinde Gamprin die Stromrechnung senken.

sung des Verbrauchs zum Nierdentarif und andererseits in der Stromzählung selbst hohe Differenzen bei der Messung an der Anlage selbst und derjenigen durch die LKW festgestellt wor-

den. Die Liechtensteinischen Kraftwerke haben die an ihrem Stromzähler gemessenen Werte jedenfalls nach eigenen Angaben mehrmals überprüft. Diese seien richtig. Die Gemeinde Gamprin

betreibe in eigenen, nachgelagerten elektrischen Installationen ihren Kenntnissen zufolge diverse Unterzähler sowie eine grosse Photovoltaikanlage, die in den vergangenen Jahren mehr-

fach erweitert worden sei. Die Installationen seien nicht von den LKW erstellt worden. Sie orten die Differenzen in der gemeindeinternen Auswertung.

Neutrales Büro beauftragt

Nachdem in knapp zwei Jahren offenbar keine Lösung gefunden werden konnte und die LKW auch überhaupt nicht bereit gewesen seien, das Problem fundiert zu untersuchen und die Ursache zu finden, sah sich die Gemeindebauverwaltung nun gezwungen, ein neutrales Ingenieurbüro zu beauftragen. Dieses soll nun unter anderem die eingesetzten Messtechniken sowie deren Abrechnung gegenüberstellen und überprüfen, und auch Energiesparpotenziale evaluieren.

«Wir haben hier eine sehr gute Anlage gebaut und dafür viel Geld investiert. Es kann nicht sein, dass die Rechnung nun nicht niedriger ist. Wir müssen einfach wissen, warum», erklärte der Gemeindevorsteher. «Wir hätten uns erhofft, dass die LKW uns helfen, das Problem zu untersuchen.»